

Festung Europa

Michel Brandt

Bericht von der griechisch-türkischen Grenze

Bläuliche Tränengasschwaden über den Feldern. In der Ferne Schussgeräusche. Rechts von mir liegen Menschen auf dem Acker. Sie kamen gerade aus der Pufferzone zwischen der türkischen und der griechischen Grenze zurück und ruhen sich aus.

Manche bluten, haben offene Wunden. Links von mir der türkische Grenzzaun, auf der einen Seite ein Teil einer Familie, auf der anderen der zweite. Überall wird gerufen, Chaos, niemand weiß so recht, wohin. Man erzählt, es sei jemand erschossen worden. Mit einem Gummigeschoss? Mit scharfer Munition? Aus wessen Waffe? Alles unklar.

Ich bin an der griechisch-türkischen Grenze auf türkischer Seite, nahe dem Ort Pazarkule. Heute ist Mittwoch, der 4. März 2020. Hier löst sich vor meinen Augen die Illusion der Europäischen Union als Menschenrechtsverfechterin, als Friedensnobelpreisträgerin mit den Tränengasschwaden in Luft auf. Griechenland sei, so wird die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wenig später sagen, das Schild Europas. Wo ein Schild ist, ist das Schwert nicht fern – und dieses Schwert besteht aus Schlagstöcken, Tränengas, Wasserwerfern, Blendgranaten, Gummigeschossen. Die bittere Erkenntnis: die Festung Europa hat ihre Mauern hochgezogen und ihre Schießscharten geöffnet. Die Menschenrechtsverletzungen an der Außengrenze sind nicht neu – ganz und gar nicht. Aber neu ist, dass die EU diese noch nicht einmal mehr zu vertuschen versucht.

Gefangen in der Pufferzone: Bericht aus dem Grenzgebiet

Der Zugang ins Grenzgebiet ist nicht leicht, auch nicht mit Diplomatenpass. Die EU will keine Zeug*innen, je weniger offene Augen und Ohren in der Gegend sind, desto besser. Auf türkischer Seite versuchen seit Tagen geflüchtete Menschen auf die griechische Seite zu gelangen. In den türkischen Medien wurde berichtet die Tore seien geöffnet, der

Weg nach Europa sei frei. In der Hoffnung auf Schutz und Ausweg aus Perspektivlosigkeit und Armut reisten hunderte Menschen zur Grenze. Griechenland jedoch reagierte mit der seit Jahren gut eingeübten Abschottung – brachiale Gewalt, Grenzschutz, Stacheldraht auf der einen, Abschaffung von Asyl- und Menschenrecht auf der anderen Seite. Nun ist die Situation katastrophal, unzählige flüchtende Menschen befinden sich in einer Art Pufferzone zwischen den Grenzen Griechenlands und der Türkei. In dieser Zone haben weder Presse, noch wir Zutritt. Viele der schutzsuchenden Menschen sind darin wie gefangen. Von griechischer Seite hagelt es Tränengasgranaten, von türkischer Seite macht das türkische Militär nach und nach dicht. Die, die dennoch wieder rauskommen, sind verletzt, erschöpft, enttäuscht und wütend. Sie berichten von Gewalt, die weder vor Familien noch vor älteren Menschen oder Kindern haltmacht. Inzwischen haben sich einige, vor allem Familien mit kleinen Kindern, an den Busbahnhof einige Kilometer weit hinter der Grenze zurückgezogen, unter ihnen viele Kranke und Verletzte. Sie schlafen unter freiem Himmel und wärmen sich an Feuerstellen.

Doch nicht nur am Grenzabschnitt nahe Edirne versuchen die Menschen die Flucht nach Europa. Auf der ganzen 120 km langen Fahrt durch die Türkei sehen wir Menschen, die zu Fuß auf der Suche nach einer Fluchtmöglichkeit sind. Manche überfahren oder durchschwimmen den Grenzfluss Evros, andere versuchen die Überfahrt zu den griechischen Inseln Lesbos oder Chios. Die Seegrenze jedoch wird von rund 60 Marineschiffen bewacht. Die griechische Küstenwache geht brutal gegen in Schlauchbooten fliehende Menschen vor. Es gibt Videos, die zeigen, wie Grenzbeamt*innen mit

Schnellbooten haarscharf an Schlauchbooten vorbeifahren und diese durch die Wellen fast zum Kentern bringen, wie Grenzbeamt*innen mit spitzen Stangen auf die Menschen und Boote einschlagen und stechen; sogar Schüsse ins Wasser und in die Luft sind dokumentiert. Immer wieder soll es zu illegalen Push-Backs kommen, also dazu, dass Menschen unter Zwang und ohne die Chance auf Asylantragstellung in die Türkei zurückgebracht werden. Journalist*innen und geflüchtete Menschen berichten auch von Push-Backs an der Landesgrenze: Menschen, die es nach Griechenland geschafft hatten, wurden aufgegriffen, ihnen wurden Handys und Geld abgenommen, dann wurden sie gewaltsam zurück in die Türkei gezwungen. Menschen, die es nach Lesbos schaffen oder nicht direkt abgeschoben werden, werden pauschal inhaftiert. Ihnen droht die kollektive Abschiebung. Einen Asylantrag stellen darf niemand von ihnen, denn die griechische Regierung hat das Asylrecht für einen Monat außer Kraft gesetzt. Eine rechtliche Grundlage gibt es dafür nicht. Genauso wenig wie für die Inhaftierungen, die Abschiebungen, die Push-Backs, die Gewalt. Menschenrechte, EU-Recht, völkerrechtliche Abkommen wie die Genfer Flüchtlingskonvention – nichts zählt mehr, das Handeln Griechenlands und der EU hat nur noch ein Ziel: Abschottung, Abriegelung der Grenze. Und der Schutz von Menschen? Spielt keine Rolle mehr.

Instrumentalisiert und entrechtet – Geflüchtete als Spielball der Machtpolitik

Der von Anfang an zum Scheitern verurteilte und obendrein völkerrechtswidrige sogenannte EU-Türkei-Deal, der eigentlich nicht mehr ist als eine Pressemitteilung, hat das Schicksal von Menschen auf der Flucht in die Hände des machthungerrigen türkischen Despoten Recep Tayyip Erdogan gelegt. Die EU hat, wie auch in vielen anderen Abkommen mit Drittstaaten, zentrale migrations- und außenpolitische Verantwortungen ausgelagert und mit dem Verlust von Souveränität und humanitären Grundwerten die Abschottung der Außengrenzen erkaufte. Die Menschen auf der Flucht sind zum Spielball Erdogans geworden, der sie sogar völlig unverblümt als Waffe bezeichnet. In den letzten Jahren hat Erdogan immer dann, wenn die EU nicht nach seiner Pfeife tanzte, damit gedroht, die mehr als drei

Millionen Geflüchteten nach Europa weiterreisen zu lassen – so zuletzt im Oktober letzten Jahres, als die EU im Begriff war, die brutale und völkerrechtswidrige Invasion der Türkei in die autonomen kurdischen Gebiete in Nordostsyrien nicht folgenlos hinzunehmen. Dieses Mal hat Erdogan ernst gemacht. Er entmenschlicht Menschen auf der Flucht, benutzt sie zur Durchsetzung seiner islamistisch-nationalistischen Politik, er setzt sie als Waffe ein. Es ist Zeit, Erdogan zu entwaffnen! Und das tut man, indem im ersten Schritt die Grenze geöffnet und schutzsuchende Menschen wieder wie Menschen behandelt werden. Im zweiten Schritt gehört

Geburtsort, Menschen zweiter Klasse sind. Die gängigen Definitionen von Migration und Flucht orientieren sich an ökonomischer Verwertbarkeit menschlichen Lebens: Während Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Hunger, Vertreibung, Armut und Perspektivlosigkeit die Einreise nach Europa verwehrt wird, werden in der EU Arbeitskräfte an- und aus ihren Herkunftsländern abgeworben.

Drei Wochen nach meiner Reise an die griechisch-türkische Grenze, wurden 50 Millionen Euro bereitgestellt, um wegen dem Corona-Virus gestrandete deutsche Tourist*innen aus der ganzen Welt mit



Kieler SEEBRÜCKEN-Kundgebung am 18.04.2020.

der unsägliche EU-Türkei-Deal eingestampft. Indem die EU einen neuen Kurs einschlägt und ihre Migrationspolitik an Menschen- und Völkerrechten ausrichtet, nimmt sie Erdogan zugleich auch sein wichtigstes Druckmittel.

Realität einer rassistischen neoliberalen Welt

Entlang der europäischen Außengrenzen hat sich ein Zustand der Unmenschlichkeit etabliert, in dem Menschen auf der Flucht, Menschen mit dem falschen

gecharterten Flugzeugen nach Deutschland zurückzuholen – während in den Lagern auf den griechischen Inseln und in der Pufferzone an der Grenze zur Türkei rund 50.000 Menschen der Pandemie schutzlos ausgeliefert sind und im Stich gelassen werden. Diese Realität ist die einer rassistischen, neoliberalen Welt.

Michael Brandt ist Mitglied der Bundestagsfraktion Die Linke